# Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résumé (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

**Eine Taufe musste verschoben werden**

*Wie sehr unser Leben vom Funktionieren des Energienachschubs abhängig ist, und wie stark unser Komfortbedürfnis auf Selbstverständlichkeit aufgebaut ist, aber auch wie leicht dieses eingespielte System ins Wanken gerät, zeigte sich dieser Tage im mittleren Schanfigg, wo die Bewohner fast zwei volle Tage ohne elektrischen Strom bleiben mussten.*

Dort, wo sie noch nicht moderneren Systemen weichen mussten, kamen die alten Holzöfen und -kochherde wieder zu Ehren: ganze 44 Stunden, vom letzten Samstag 19.30 Uhr bis am Montagnachmittag 15.30 Uhr, mussten die Gemeinden St. Peter, Pagig, Molinis und Lüen ohne elektrischen Strom auskommen. Eine «heimtückische Störung», hervorgerufen durch den grossen Schneefall, wie man uns vom Elektrizitätswerk der Stadt Chur in Lüen mitteilte, hatte die Stromzufuhr unterbrochen. Eine aus sieben Mann bestehende Betriebsgruppe der IBC war während des ganzen Sonntags und Montags im Schanfigg unterwegs, um den Fehler ausfindig zu machen. Am «Galgenbüel», zwischen Lüen und St. Peter, konnte, nachdem unzählige Masten bestiegen worden waren, die Störung ausfindig gemacht werden.

*Kein Kaffee im Restaurant*

In den betroffenen Gemeinden wurde besonders die Temperatur in den Wohnungen und das Essen zu einem Problem. Manche, die in der Küche ganz auf Strom angewiesen sind, sahen sich gezwungen, auswärts in Peist zu essen, andere schleppten in Töpfen über fremdem Holzfeuer aufgewärmte Rippli und Sauerkraut herbei, und als Beleuchtung dienten Kerzenlicht und Stall-Laternen. Im Restaurant funktionierte der Ausschank warmer Getränke nicht mehr, und das «Rathaus» in St. Peter blieb am Sonntag ganz einfach geschlossen. Auch die Tankstelle, die auf Strom angewiesen ist, musste ihren Betrieb einstellen. Sorgen bereiteten vielen Einwohnern auch die Tiefkühltruhen, wie sie in manchen Haushaltungen stehen. Immer mehr ist man auch auf dem Lande darauf angewiesen, um dort, wo Lebensmittelläden fehlen, die Erzeugnisse der Landwirtschaft darin aufzubewahren.

Auch um die Telefonverbindung begann man am Montag zu bangen, denn die Batterien, welche in den Zentralen in Fällen von Stromunterbruch als Ersatz bereitstehen, begannen sich allmählich zu entladen.

*Weder Taufe noch Predigt*

In der Dorfkirche St. Peter konnte ein Kind am Sonntag nicht wie vorgesehen zur Taufe getragen werden, weil es in der Kirche mangels Elektrizität zu kalt war. So sah man sich veranlasst, das Kind Stunden später in der Kirche von Peist zu taufen, und auch die Predigt in den kalten Kirchenmauern fiel für einmal aus.

Selbst die RhB zwang der Stromunterbruch zu gewissen Umstellungen: Man musste wieder auf das auf dieser Strecke seit zwei Jahren eingestellte, altbewährte System der mündlichen Rückmeldung der Zugsankünfte zurückgreifen.

*Auch eine gute Seite*

«Derart lange Stromunterbrüche», meint ein Schanfigger, «hätte es früher viel gegeben.» Doch damals sei die Elektrifizierung längst noch nicht so weit fortgeschritten gewesen wie heute, wo von der Zahnbürste bis hin zum Mixer alles auf die Steckdosen angewiesen sei. Und deshalb hätte das Ausbleiben des Stromes auch sein Gutes gehabt: «Die verwöhnten Leute merkten plötzlich, wie abhängig man davon geworden ist.» Vielleicht bleibt durch den Zwischenfall im Mittelschanfigg manch ein bereits abgeschriebener guter alter Holzofen doch noch für derartige künftige Zwischenfälle in Ehren in der Stube. *Carl Bieler*

*«Neue Bündner Zeitung», Chur, 4. Dezember 1974*

**Endlich alle Berghöfe mit elektrischer Energie**

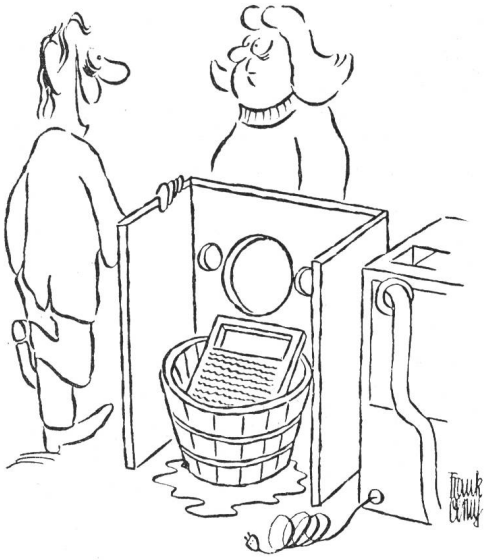
(ghi) Die letzten beiden Berghöfe im vorderen Guldental des Kantons Solothurn haben nun endlich auch elektrische Energie. Die Bedeutung hinter dem Begriff «elektrische Energie» kam den Bergbauern jahrzehntelang wie ein Fremdwort vor. Nun ist es seit kurzem Alltag.

Ein umfangreiches Hoch- und Niederspannungsverteilnetz mit einigen Transformatorenstationen ist erstellt worden. Eine neue Meßstation mit vielen automatischen Stich-Schaltern sorgt dafür, dass im Störungsfall nur kleine Gebiete von einem Energieunterbruch betroffen werden.

Das beachtliche Gemeinschaftswerk, das von Bund, Kanton und Gemeinde subventioniert wurde, ist unter der Leitung des Elektro-Unternehmens A. Rohn (Subingen) realisiert worden. Den Abschluss der ersten und zweiten Bauetappe bilden nun die zwei Höfe im vorderen Guldental, die die angenehmen Seiten der Elektrizität erst jetzt kennenlernen. Einige kennen sie zwar schon lange, aber nur von der schlechten Seite her, die sich mit enormen Spannungsschwankungen bemerkbar machte.

Es sind noch zwei weitere Ausbauetappen nötig, um die bereits bestehenden Freileitungen der früher erschlossenen Berghöfe zu verstärken, denn der Energiebedarf ist durch die Modernisierung der Landwirtschaft um ein Mehrfaches gestiegen.

*«Solothurner AZ», Olten, 5. November 1974*



**«... und hier unser Preisschlager, gnädige Frau! Äusserst billig in der Anschaffung. Und verbraucht kein bisschen Strom.»**

*Zeitung für kommunale Wirtschaft, 8. November 1974*

**Wendepunkt im Kampf?**

Bundesrat W. Ritschard hat am vergangenen Dienstag eine gemeinsame Delegation des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke und von Parlamentariern beider Basel empfangen. An einer Pressekonferenz schilderte die Abordnung die Ergebnisse der Audienz.

-bi. H. Schneider (Zeiningen), Dr. P. Niklaus (Biel-Benken), E. Anderegg (Basel), A. Euler (Basel) und H. Weder (Basel) referierten an einer Pressekonferenz über ihre Besprechung mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, Bundesrat Willi Ritschard, und bezeichneten das Gespräch als einen Wendepunkt in unserem Kampf gegen Atom-

kraftwerke, «weil wir dadurch offiziell als Gesprächspartner akzeptiert werden». Pfarrer E. Anderegg fasste die Situation noch pointierter zusammen: «Jeder, der uns in Zukunft diffamiert, uns als Spinner und Sektierer – um die mildesten Ausdrücke zu nennen – bezeichnet, muss sich im klaren darüber sein, dass er damit gegen Gesprächspartner des Bundesrats vorgeht.»

Das Gespräch in Bern sei in ausserordentlicher Offenheit geführt worden. In der zweistündigen Audienz habe Bundesrat Ritschard mit wohlwollendem Interesse die Argumente angehört, die in der Nordwestschweiz von breiten Kreisen der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke vorgebracht würden. Es sei zwar eine Frage der Interpretation – aber man könne den Aussagen Ritschards entnehmen, dass er vor allem in der Frage der klimatischen und meteorologischen Belastbarkeit der Region sehr dankbar darüber gewesen sei, dass er auch die Ansichten «der anderen Seite» zu Gehör bekommen habe. Die Forderung der Delegation, eine meteorologische Oberexpertise, welche die Auswirkungen aller in der Region erstellten und projektierten A-Werke zu berücksichtigen habe, sei mit gewissem Wohlwollen zur Kenntnis genommen worden. «Der Bund bereitet sich vor, dieser Forderung im Rahmen zwischenstaatlicher Gespräche mit Frankreich und Deutschland zu entsprechen», meinte man seitens der Delegation.

Des weiteren diskutierten die Gesprächsteilnehmer staatspolitische Fragen wie «Mitsprache der betroffenen Bevölkerung», «zwischenstaatliche Verhandlungen mit Frankreich und Deutschland», «schweizerische Energiekonzeption», «Standortplanung», «Alternativen», «Lagerung des Atommülls» und «Energie-Sparmassnahmen». Bundesrat Ritschard habe allerdings deutlich zu verstehen gegeben, dass er einen Eid geschworen habe, Verfassung und Gesetzgebung nachzukommen. Gleichzeitig sei eine derartige Äusserung aber ein Hinweis darauf, dass es nun eigentlich an den Politikern liege, die notwendigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu provozieren.

«In genau dieser Stossrichtung liegen wir mit unseren Volksinitiativen zum Schutze der Bevölkerung vor Atomkraftwerken. Überdies versuchten wir die eidgenössischen Parlamentarier von Basel-Stadt und Baselland zu motivieren. Leider kamen zu einer ersten Gesprächsrunde nur die beiden Nationalräte Breitenmoser und Hubacher und die beiden Ständeräte Jauslin und Wenk.»

*«Basler Nachrichten», Basel, 9. November 1974*

**Aufwallung und Mangel an Energie**

*Eine Zwischenbilanz nach der ersten Sessionswoche*

Die Schwergewichte der ersten Sessionswoche unserer eidgenössischen Räte lagen auf der Beratung des Staatsvoranschlags 1975 und auf der Behandlung von Fragen der Versorgung mit elektrischer Energie.

Die Energieversorgung gilt nach dem Urteil der Fachleute als prekär. Der Bundesrat sah sich darum veranlasst, den Entwurf zu einem Dringlichen Bundesbeschluss vorzulegen, der ihm notfalls die Generalkompetenz zum Erlass drastischer Stromsparmassnahmen verleihen soll. Für beide Geschäfte war dem Nationalrat die Verhandlungspriorität eingeräumt. Beim Bundesbudget hat er den von den Finanzkommissionen ausgetüftelten zusätzlichen Sparmassnahmen schon seinen Segen gegeben. Mit dem Stromsparen ist man auf besten Wegen: Wenn auch die Vorlage noch nicht ganz durchberaten werden konnte, steht fest, dass die Volkskammer die in sie gesetzten Erwartungen auch hier erfüllen wird. Und es darf jetzt schon als sicher gelten, dass ihr der Ständerat nächste Woche ebenso diszipliniert folgen wird.

Man kann also neben dem bedenklichen Energiemangel im engeren Sinn, der ernste Sorgen bereitet, auch von einer erfreulichen Energieaufwallung in der übertragenen Bedeutung des Wortes sprechen. Das Parlament scheint die Zeichen der Stunde erfasst zu haben, die gebieterisch nach Einschränkungen rufen. Noch wäre es verfrüht, von einschneidenden Massnahmen bei der Festlegung des eidgenössischen Haushaltsplanes zu sprechen. Die vorgenommenen Abstriche beziehen sich zu einem schönen Teil auf Investitionen, die einfach auf später verschoben werden. Immerhin wurde auch im Personalbudget die Bremse angezogen, indem man der Personalvermehrung vorderhand einen Riegel schob. Wenn sich das auch solange nicht in einer präsentablen Reduktion der Ausgabenziffern ausmünzen wird, als die stetig wachsende Teuerung sich eben auch in Gestalt steigender Teuerungszulagen niederschlägt, ist doch zu hoffen, dass der Zwang zur Personalbeschränkung die uferlose Ausdehnung des Verwaltungsapparates und damit auch die Übernahme aufwendiger neuer Aufgaben behindern wird. Man wird die heute noch ungewohnte Selbstbeschränkung mit der Zeit wohl annehmen lernen und feststellen, dass der Verzicht ohne Schaden zu verschmerzen ist. Ohne Härten geht es allerdings nicht. Diesbezüglich noch bestehende Illusionen dürften bald verfliegen.

Doch befassen wir uns nach dieser allgemeinen Beurteilung der Lage, wie sie mit der Finanzklemme der staatlichen Haushalte aller Stufen illustriert wird, nun etwas näher mit der Lage im Energiebereich. Zwar scheinen uns die reichlich gefallenen Niederschläge dieses Herbstes um eine Stromrationierung in diesem Winter noch einmal herumkommen zu lassen. Diese Situation kann aber sehr rasch ändern. Vor allem ist festzustellen – und es ist auch vom zuständigen Sprecher des Bundesrates in aller Offenheit dargelegt worden –, dass die Energieerzeugung auf weitere Sicht niemals ausreichen wird, die Nachfrage zu befriedigen. Wir befinden uns auch hier in einem Engpass, der mindestens solange bestehen bleibt, als nicht mit der Inbetriebnahme grösserer, im Bau befindlicher oder geplanter Kernkraftwerke das Angebot erheblich erhöht werden kann.

Nun ist allerdings von einer Seite, die sich auf das «Wachstum Null» auch in unserer Wirtschaft kapriziert, die Auffassung vertreten worden, dass mit einer Änderung der Industriepolitik allein soviel Energie eingespart werden könnte, dass man auf das Experiment mit der Kernkraft zu verzichten vermöchte. Valentin Oehen stellte in diesem Sinn einen Antrag, die Sparvorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Man meint auf seiten der Nationalen Aktion offenbar, dass mit der brutalen Einschränkung der Produktion das Problem gewissermassen von selber gelöst werden könnte. Auf die Frage von Bundesrat Ritschard, ob Oehen in diesem Fall die totale Energiebewirtschaftung mit allen Konsequenzen für eine freie Wirtschaftstätigkeit wolle, blieb der Antragsteller die Antwort schuldig.

Es müssen schon etwas differenziertere Überlegungen angestellt werden, wenn wir unsere Zukunft meistern wollen. So sehr vermehrte Zurückhaltung im Ausbau von Institutionen angebracht erscheint, die mehr administrativen Leerlauf als praktischen Nutzen bringen, ja die sogar oft «kontraproduktiv» wirken, indem sie das selbstverantwortliche Verhalten des Bürgers lähmen, so sehr könnten wir in naher Zukunft auf grössere Anstrengungen der Wirtschaft angewiesen sein. Dazu bedarf die Wirtschaft aber der nötigen Ausstattung mit Energiequellen. Da diese Quellen bei der heutigen Abhängigkeit vom Erdöl durch aussenpolitische Ereignisse plötzlich zum Versiegen gebracht werden könnten, scheint eine weitsichtige Energieversorgungspolitik noch dringlicher. Dazu gehört auch die Verfügung gezielter Sparmassnahmen an Orten, die weniger lebenswichtig sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir wegen des Energiemangels ebenfalls zu «Energieaufwallungen» gezwungen sind, die sehr ernst genommen werden müssen. *Arnold Fisch*

*«Basler Nachrichten», Basel, 30. November 1974*

**Redestrom um Strom**

Im Nationalrat löste der dringliche Bundesbeschluss zur Ermächtigung des Bundesrates zu Stromrationierungsmassnahmen einen langen Redestrom aus. Es war ein breiter Strom, und deshalb auch nicht kurzweilig; er vermochte aber auch nicht ein Kilowatt mehr der so begehrten elektrischen Energie zu erzeugen. Leben in den Saal kam erst, als der Berner Oehen mit einem Rückweisungsantrag die ganze Nation strommässig auf Sparflamme setzen wollte, das heisst bei dieser Gelegenheit für die Kohle plädierte. Der Antragsteller stieg förmlich in die Schwinghosen und vergass in der Hitze des Gefechtes sein seinerzeit gegenüber Bundesrat Bonvin abgegebenes Versprechen, nicht mehr von Ökologie reden zu wollen. Er ging sogar so weit, totale Energiebewirtschaftung zu verlangen.

Bundesrat Ritschard nahm den Fehdehandschuh auf, und zwar furchtlos. Dies bekam auch ein Genfer Professor aus seinem eigenen Lager zu spüren, taxierte er doch dessen Vergleich der Atomwerke mit der Atombombe von Hiroshima als völligen Unsinn. Offensichtlich konnte Ritschard nur mit Mühe das Wort Blödsinn unterdrücken!

Es verdient vermerkt zu werden, dass Bundesrat Ritschard als Sozialdemokrat eindeutig Totalbewirtschaftung – auf eine solche liefe eine totale Energiebewirtschaftung hinaus – gegenüber Oehen ablehnte und sich auf das Prinzip der freien Wirtschaft berief. Die Ausführungen des Vertreters des Bundesrates wurden im Rat sehr gut aufgenommen. Zuzustimmen ist Oehens Kritik an der Klimatisierung. Glasbauten in unserem Klima sind unsinnig, fördern die Verschwendung von Energie.

Das wichtigste Ergebnis der Debatte: Das Bewusstsein, dass mit der Energie sparsam umgegangen werden muss, ist gestärkt worden. Dies war und ist bitter nötig. *Otto Frauenlob*

*«Der Bund», Bern, 29. November 1974*

**Nur lineare Stromkontingentierung praktikabel**

Nicht allein das Budget des Bundes für das kommende Jahr begegnet gewissen Schwierigkeiten der Umwandlung des Sparwillens in konkreten Kürzungen. Viel ausgeprägter kommt die Hilflosigkeit bei der Eindämmung des Elektrizitätsverbrauchs im Fall einer Versorgungsknappheit zum Ausdruck. Wohl hat der Nationalrat der Landesregierung die Kompetenz zu vorübergehenden Einschränkungen des Stromverbrauchs bei ungenügender Produktion eingeräumt, aber das Parlament darf sich nach den Erklärungen sowohl Bundesrat Willi Ritschards als auch einiger Vertreter der Elektrizitätswirtschaft aus dem Plenum keinen Illusionen über die Möglichkeiten und die Wirksamkeit des Stromsparens hingeben. Es war realistisch genug, Anträge zugunsten einer zu differenzierten und auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungskreise abgestimmten Verbrauchsreduktion abzulehnen. Die Hinweise auf die schwachen Punkte selbst der im Vordergrund der Sparvarianten stehenden linearen Kontingentierung auf Grund des vergleichbaren Verbrauchs im Vorjahr wurden zur Kenntnis genommen, weil es keine bessere Lösung gibt.

Die lineare Kontingentierung führt am raschesten und am sichersten zum Ziel der Verbrauchsdrosselung, aber sie schafft Ungerechtigkeiten und Unsicherheit. Wer heute Sparappelle missachtet und Energie verschwendet, erhält im Fall der prozentualen Kontingentierung etwas weniger Elektrizität, aber sicher genug, um ohne spürbare Einschränkung weiter von der Elektrizität zu profitieren. Wer indessen Mass hält, muss beim Abbau seines Verbrauchs um dieselbe Prozentzahl seines Vorjahresverbrauches eine echte Einbusse an notwendigen Leistungen der Elektrizität hinnehmen. Die Lösung dieses Konflikts liegt in der Solidarität, in einem abstrakten Ziel, das nur durch entsprechende Aufklärung eine überzeugende Form annehmen kann. Sie muss ergänzt werden durch Appelle zur richtigen Zeit und durch Stichproben, deren Resultate öffentlich bekannt werden sollten.

Die lineare Kontingentierung bietet die geringsten technischen Schwierigkeiten aller möglichen Varianten. Sie konzentrieren sich auf die Berechnung des Anspruchs von rund 25 000 Neuabonnenten jährlich und die Kontrolle von 2,2 Millionen Privathaushalten. Aber der Erfolg dieser Art von Einschränkung liegt weitgehend in den Händen des Einzelnen. Unser Volk hat bereits im letzten Winter gezeigt, dass es sich in einer Krisensituation die Fesseln der Selbstbeschränkung auferlegen kann. Was beim Heizöl und Benzin möglich war, sollte auch bei der Elektrizität seine Wirkung nicht verfehlen! *Rudolf Gerber*

*«Der Landbote», Winterthur, 3. Dezember 1974*

**Stromrationierung bei Wegwerfpreisen?**

Während und nach den Kriegsjahren kostete in der Stadt Zürich eine Kilowattstunde elektrischer Energie 45 Rappen (Hochtarif). Ein Arbeiter verdiente damals 300 bis 500 Franken im Monat. Ein Kilo Brot kostete 50 Rappen, ein Servelat 20 Rappen. Ein Heizöfeli von 1000 Watt Leistung eine Stunde lang (gleich eine Kilowattstunde) zu betreiben kostete daher gleichviel wie ungefähr 1 Kilo Brot oder 2½ Servelats. Man spürte die Stromkosten.

Heute verdient derselbe Arbeiter (oder dessen Sohn) im Monat zwischen 2000 und 3000 Franken. Eine Kilowattstunde Strom (Hochtarif) kostet aber heute nur 9 Rappen, also fünfmal weniger als früher. Zugleich ist der Verdienst auf das Sechsfache von früher gestiegen. Daraus folgt, dass derselbe Arbeiter die Stromkosten genau 30mal weniger spürt als während des Krieges.

Warum sollte also der Haushaltkonsument von heute überhaupt Strom sparen? Es sind ja Wegwerfpreise, die man, an andern Ausgaben gemessen, überhaupt nicht spürt.

Warum sollte daher das EWZ den Hochtarif für eine Kilowattstunde nicht zumindest dem heutigen Preis für 1 Kilo Brot von Fr. 1.80 gleichsetzen? Damit würde der Haushaltkonsument die Stromkosten immer noch weniger spüren als sein Kollege während des Zweiten Weltkriegs, aber doch so, dass Stromverbrauch zählt.

Diese Massnahme hätte folgende Vorteile:

1. In jeder Haushaltung empfände man die Stromkosten als wesentlich und hätte wieder Anreiz, Strom zu sparen.
2. Eine Rationierung entfiele.
3. Das eine oder andere geplante Kernkraftwerk wäre dann unnötig, und das bedeutet: weniger Umweltbelastung durch Abwärme.
4. Die resultierenden massiven Mehreinnahmen der Elektrizitätsgesellschaften könnten für die Erforschung neuer, umweltfreundlicher Energien gesetzlich abgeschöpft werden.

*Fritz Weber,* dipl. Elektroingenieur ETH

*«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 29. November 1974*

**La houille blanche reste un atout précieux**

Ampère, Arago, Ohms, Joule et tant d'autres ont consacré leur vie pour tisser sa légende. Elle était la fée Electricité, celle qui entrait dans les maisons pour y apporter la clarté. Pendant près d'un siècle elle fut la plus belle image du progrès avant de devenir, à partir des années cinquante, l'agent numéro 1 de la société de consommation.

Et voici que d'une petite phrase M. Willi Ritschard déchire la légende et nous montre les limites de la fée: «Il faut s'attendre à une pénurie de courant pour l'hiver prochain», déclarait-il au début de septembre devant les «fabricants» d'électricité réunis à Olten.

Nous sommes donc arrivés à un point que les Américains connaissent depuis près de dix ans et les Anglais depuis quelque temps aussi. A notre tour de redécouvrir le vocabulaire le la pénurie: délestage, coupure, réductions, etc...

*Le scandale des climatiseurs*

Le fait que nous arrivions après une nation comme les Etats-Unis dans la zone des réductions de courant électrique peut paraître étonnant. Il s'explique pour deux raisons essentielles: d'abord nous avons été moins gourmands que les Américains en électricité; ensuite la nature nous a généreusement dotés de montagnes.

La première raison est importante: notre demande d'électricité a presque triplé en vingt ans passant de 12 à 34 milliards de kw/h, mais celle des Etats-Unis, elle, doublait, tous les dix ans.

Eric Schaerlig rapporte l'anecdote des climatisateurs automatiques qui se déclenchaient au dixième de degré. Que la température s'élève dans un immeuble, dans un quartier et des batteries de climatiseurs se mettent à ronronner. Mais la chaleur chassée des pièces rafraîchies se déverse dans la rue et déclenche plus loin, puis toujours plus loin, de nouveaux climatiseurs automatiques. Alors brusquement saturé l'ensemble du système tombe en «brownout» – nous dirions en faiblesse – et tout ce qui marche à l'électricité fonctionne au ralenti.

*400 centrales de «houille blanche»*

Champions de la consommation, les Américains du Nord n'ont pu se résoudre à baisser leur demande d'électricité. Comme ils ont pratiquement bloqué le programme de construction des centrales nucléaires, leur problème s'aggrave de jour en jour. Mais ceci ne constitue qu'un début d'explication. Si la Suisse est mieux lotie que les Etats-Unis ou la Grande-Bretagne sur le plan de la fourniture d'électricité, c'est aussi parce que la nature l'a largement dotée de montagnes où l'on exploite la «houille blanche». Partout où ce fut possible, et jusqu'à ces dernières années, ces montagnes ont été barrées et des turbines ont été placées au pied des barrages. Des unités de production dites «au fil de l'eau» ont également été implantées sur les fleuves. L'ensemble de ce réseau de production de l'électricité représente 400 centrales hydro-électriques de petite, moyenne et grande puis-

sance qui fournissent pratiquement les 4/5es de l'énergie électrique produite en Suisse.

*Une coïncidence ironique*

Le reste est assumé par l'industrie nucléaire (16 %) et par les deux centrales à mazout de Chavalon en Valais et de Cornaux à Neuchâtel qui ne fournissent que 6 % de l'ensemble. Ce dernier chiffre permet de comprendre que la pénurie possible d'électricité n'a strictement rien à voir avec le prix du pétrole. C'est une coïncidence ironique de l'Histoire qui a voulu que la demande d'électricité dépasse brusquement l'offre à une époque où, précisément, le pétrole devient rare et cher. Relativement indépendant des éléments comme le pétrole, l'appareil de «fabrication» de l'électricité en Suisse présente l'avantage de pouvoir stocker de l'énergie (l'eau) à n'importe quel moment de la journée.

*Un surplus irréel*

C'est un atout supplémentaire par rapport à nos principaux partenaires: l'Allemagne, l'Italie et la France, dont les réseaux électriques sont en relation directe avec le réseau suisse. Comme leur fabrication manque de souplesse (ils emploient surtout des centrales thermiques qui doivent tourner 24 h sur 24) nous pouvons importer leur courant dans les heures où ils en produisent trop – la nuit – par rapport à leurs besoins. Aux heures de pointe, les techniciens peuvent ouvrir les robinets des lacs d'alimentation et produire massivement, exactement au moment où on le désire, l'électricité demandée par la Suisse d'abord, par ses partenaires ensuite.

Nous exportons ainsi – précise Charles Inwyler, de l'Union des centrales suisses – un surplus irréel, celui que nos turbines fournissent en trop lorsqu'elles tournent à plein régime.

L'intérêt d'une fabrication d'électricité à partir de l'eau est évident: l'eau peut se stocker dans les bassins de retenue. L'électricité, elle, doit être consommée à l'instant même. Mais cet intérêt serait sans utilité si la Suisse ne pouvait échanger ses trop-pleins d'électricité avec la France, l'Allemagne et l'Italie. Cette manœuvre un peu abstraite pour le grand public est possible parce que l'ensemble du réseau d'Europe occidentale depuis le Danemark jusqu'à la Yougoslavie se passe de l'électricité à la manière dont le réseau européen de chemins de fer se passe des wagons d'un pays à l'autre.

*La leçon du rythme anglais*

Commode, souple, la production d'électricité à partir de la «houille blanche» est quand même dépendante des conditions atmosphériques. Non pas la pluie, qui a peu d'influence, mais par exemple la chaleur de cet avant-automne qui peut faire fondre les glaciers et remplir les lacs d'accumulation. Cette année, le coefficient de remplissage de ces lacs était, début septembre, un peu moins favorable que l'an dernier. La petite phrase de Willi Ritschard qui annonçait de possibles réductions de courant peut donc se réaliser. Elle n'indiquera pas pour autant le début de la fin du monde. Nous avons vu que les Etats-Unis vivent depuis des années avec le risque de saturation du réseau. D'autre part, les citoyens de Sa Gracieuse Majesté ont éprouvé ce que pouvait être la coupure de courant dans une société assez semblable à la nôtre. Il semble que la production n'ait pas trop souffert de ces coupures:

– Comme le rythme anglais est deux fois plus lent que le nôtre – estime un confrère suisse établi à Londres – ils avaient une bonne occasion de voir comment on travaille en Europe.

La remarque n'est pas très tendre pour la vieille Albion, mais elle a été cent fois vérifiée. Il est vrai qu'en contrepartie, le citoyen britannique fait preuve d'un remarquable sens civique qui facilite beaucoup les choses:

– Les gens sont prêts à accepter quatre heures par jour d'électricité – déclarait Michaël Colley, invité britannique à un symposium sur ce sujet réuni en avril à Zurich – à condition qu'ils sachent quand celle-ci est disponible.

*Des cartes très solides*

Les effets du sens civique des Anglais ont d'ailleurs pu être mesurés:

– Les appels lancés au public – dit encore Michaël Colley – ont permis d'obtenir une réduction de la consommation allant jusqu'à 10 ou 15 %.

Cette proportion a baissé sous l'effet de la lassitude – voici quatre ans que les citoyens britanniques sont appelés à l'économie! – mais elle reste encore appréciable. Ferons-nous preuve du même esprit civique? Sans doute sur une courte période. C'est du moins ce que nous ont appris les dimanches sans voiture.

La Suisse dispose donc de cartes très solides pour affronter une éventuelle période de restrictions. C'est plutôt la longueur de cette période – on parle officiellement de six ans – qui découragera. Et aussi l'incertitude que représentent les nouvelles sources d'électricité, ces fameuses centrales nucléaires qui fournissent aujourd'hui 16 % de l'électricité que nous consommons mais qui devront prendre le relais demain de la houille blanche. Les incertitudes ne se limitent, hélas, pas à la date où l'on pourra enfin passer le relais. Et elles méritent qu'on les analyse. *Robert Curtat*

*La Liberté, Fribourg, 10 novembre 1974*

**Windenergie – eine Alternative?**

*i.* In der öffentlichen Diskussion um die Kernkraftwerke, deren Probleme in bezug auf die Radioaktivität des sogenannten Atommülls noch nicht restlos geklärt sind, taucht immer wieder die Frage der *Nutzbarmachung des Windes* zur Elektrizitätserzeugung auf. Historisch betrachtet sind Windmühlen keine Erfindung der Neuzeit, wurden sie doch schon im frühen Mittelalter im Iran und in China betrieben, wo sie zum Mahlen von Getreide dienten. Bekannt sind die den Wind ausnützenden Wassermühlen in den Niederlanden, welche die Bewässerung der topfebenen Gebiete sicherstellen. Viele Touristen haben die holländischen Windmühlen gesehen, nur wenige erblickten sie mit laufenden Rotoren, da sie heute eher als Schmuckstück in der Landschaft stehen und ihren ursprünglichen Zweck verloren haben. Modernere Energieformen haben ihre Tätigkeit übernommen.

Wenn es gegenwärtig auch um die Elektrizitätserzeugung der *Schweiz* bei kontinuierlicher Verbrauchszunahme wegen der meteorologischen Verhältnisse dieses Herbstes im Hinblick auf den bevorstehenden Winter nicht schlecht bestellt ist, so dass Einschränkungsmassnahmen möglicherweise nicht aktuell werden, bleibt doch die langfristige Frage offen, wie die nachfolgenden Winterhalbjahre hinsichtlich der *Allgemeinversorgung mit Strom* überbrückt werden können. Zur Nutzung des Windes wäre dessen Vorhandensein in genügender Intensität und Kontinuität die Voraussetzung, die im schweizerischen Mittelland jedoch nicht erfüllt werden kann. Allein auf den Höhen der Alpen sind Windmühlen denkbar, weil dort eine gewisse Betriebskontinuität gewährleistet ist. Ingenieurberechnungen ergeben aber, dass die Bedarfsdeckung zusätzlicher Elektrizität in den nächsten zwanzig Jahren, also nicht die Gesamtenergiemenge, deren Hauptträger die konventionellen Kraftwerke sind, unter Einsatz von Windenergie den Bau von *rund 160 000 Windmühlen* erforderlich macht, wobei jede etwa 150 Meter hoch und mit Rotorflügeln von 40 Metern Länge ausgestattet sein müsste. Praktisch jeder Berggipfel würde mit einer beträchtlichen Anzahl derartiger Ungetüme bestückt werden, was die Landschaft verunstalten müsste. Nicht die Rotoren liefen auf Hochtouren, sondern die Opposition des Heimatschutzes gegen ein derartiges Vorhaben, und mit Recht. Windenergie in landesweitem Umfange erweist sich bei näherer Betrachtung als Illusion und bleibt *unrealistisch*. Dazu tritt die weitere Schwierigkeit der *Stromspeicherung* mittels Akkumulatorenbatterien, die eine sehr kostspielige Angelegenheit darstellen. Einzig im lokalen Bereich könnte die Windnutzung für die Elektrifizierung beispielsweise landwirtschaftlicher Höfe mit bedeutend kleineren Installationen nützliche Dienste leisten. Der Grosseinsatz verlangt aber einen *finanziellen Aufwand* für Installationen in einem Ausmass, das die brauchbare Kilowattstunde unverhältnismässig verteuern würde. Für die Schweiz stellt die Windenergie keine Lösung des Energieproblems dar.

Zum gleichen Ergebnis kommt jetzt auch die staatliche Kraftwerkverwaltung in *Schweden,* wo die Debatten über Windkraftanlagen zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung des Landes ebenfalls lebhaft geführt werden. Ihre Berechnungen haben ergeben, dass bei einem 60 Meter hohen Turm mit einem 57 Meter breiten Propeller eine Windmühle zwar jährlich vier Millionen kW erzeugen könnte, doch lägen die *Bau- und Betriebskosten* derart hoch, dass jedes Projekt hinfällig wird. Zusätzlich hat das

schwedische Amt für technische Entwicklung Studien über die Windenergie und ihre Möglichkeiten angestellt mit dem Resultat, dass eine leistungsfähige Maschinerie mit einer installierten Kapazität von 2000 Kilowatt ein Gewicht von 320 Tonnen hätte. Für Schweden wären *1500 Windkraftanlagen* erforderlich, von denen jede einen Kostenaufwand von rund acht Millionen Kronen verursachen würde. Gemäss der schwedischen Studie wäre Windenergie dreimal so teuer wie Kernenergie und doppelt so teuer wie der mit Kohle oder Öl erzeugte Strom. Die Kraftwerkverwaltung in Stockholm zieht den Schluss, dass Windenergie *keine vertretbare Alternative* zu anderen Energieformen darstellt, zumal es zweifelhaft sei, dass durch neue Forschungs- und Entwicklungsarbeiten eine spürbare Kostensenkung erreichbar wäre.

*«Die Tat», Zürich, 10. Dezember 1974*

**Die Verantwortbarkeit elektrischer Raumheizungen**

In jüngster Zeit war immer wieder davon die Rede, elektrische Raumheizung sei unverantwortbar. Hie und da versteigt man sich gar zu der Behauptung, sie würde im Falle eines Engpasses in der Stromversorgung generell mit einem Verbot belegt. Derartige Darstellungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, da sie den Konsumenten zu Unrecht verunsichern.

Doch zuerst eine Begriffserklärung:

*1. Direktheizung*

Bei ihr wird die Wärme unmittelbar, je nach Heizbedarf, an den Raum abgegeben; d. h. die Energieaufnahme und die Wärmeabgabe aller Art, Strahlungsheizkörper, erfolgen gleichzeitig (z. B. Heizöfeli, Konvektoren usw.).

*2. Speicherheizung*

Hier wird vorwiegend die nachts (Niedertarif/Schwachlast!) durch Elektrizität erzeugte Wärme in einem Speicherkern aufbewahrt und tagsüber nach Heizbedarf – zeitlich unabhängig von der Aufladung – abgegeben. Je nach Speicherungsart unterscheidet man noch zwischen Einzelraumspeicher und Zentralspeicher.

*3. Gemischtheizung*

Darunter versteht man eine wirtschaftliche Kombination von Direkt- und Einzelraumspeichergeräten. Die am meisten benützten Räume (z. B. Wohnzimmer) werden mit Einzelraumspeichergeräten ausgerüstet, während die anderen Räume mit Direktheizkörpern bestückt werden (z. B. Bad, Toilette, Schlafzimmer).

*4. Infrarotstrahlungsheizung*

Bei ihr weckt die Strahlung unmittelbar, je nach Heizbedarf, nur dort ein Wärmegefühl, wo sie hingelangt; die Infrarotstrahler müssen deshalb über die ganze zu beheizende Fläche verteilt werden. Da diese Heizungsart zur Erwärmung von Terrassen, Balkons, Sitzplätzen, fensterlosen Badezimmern u. ä. in den Übergangszeiten Herbst und Frühling zum Einsatz gelangt, wird sie auch Ergänzungsheizung genannt.

*Steigendes Interesse an der Elektroheizung*

In der Schweiz hat die Verwendung der elektrischen Energie für die Raumheizung bis vor einigen Jahren eine ganz unbedeutende Rolle gespielt. Die Ölkrise, die mit ihr verbundenen Unsicherheitsfaktoren – wie z. B. die Abhängigkeit vom Ausland –, die hohen Preise liessen das Interesse an der elektrischen Raumheizung in letzter Zeit sehr rasch ansteigen. Die schweizerische Apparateindustrie – die meisten der führenden Fabrikanten sind in der Vereinigung von Fabriken Elektrischer Apparate VEA zusammengefasst – hat sich seit langem auf diese Entwicklung eingestellt und verfügt heute über ein differenziertes Angebot an modernen Heizanlagen und -geräten für jeden Bedarf. Zurzeit jedoch beansprucht die elektrische Raumheizung noch nicht einmal ganz ein Prozent des gesamten Elektrizitätsverbrauches unseres Landes.

*Was ist eine Elektroheizung?*

Beste Zukunftsaussichten hat heute die Elektro-Speicherheizung. Dies hat folgende Gründe: Wie bereits erwähnt, nimmt die Speicherheizung nur zur sogenannten Schwachlastzeit, also in der Nacht, Strom auf, wandelt ihn in Wärme um und gibt die Wärme nach Bedarf am Tage und am Abend, also auch während der Spitzenzeiten, ohne jede weitere Energiezufuhr wieder ab. Bei Qualitätsgeräten kann die Wärme bis zu 16 Stunden gespeichert werden. Diese gespeicherte Wärme wird nur abgegeben, wenn sie zum Erreichen der gewünschten Raumtemperatur nötig ist (gesteuerte Wärmeentnahme). Bei steigender Aussentemperatur bleibt die nicht benötigte restliche Wärme im Speicher erhalten. Dies alles im Gegensatz zu Direktheizgeräten und gewissen, an die Steckdose anschliessbaren transportablen Pseudo-Speicheröfen (sie sind nichts anderes als Direktheizungen, die ständige Energiezufuhr benötigen und Wärme für höchstens 30 Minuten speichern können).

Nach Urteil der Fachleute ist heute in den meisten Fällen die sogenannte Gemischtheizung, also die Kombination von Speicheröfen und Direktheizkörpern, die wirtschaftlichste Lösung.

Während wir – je nach Witterung und Konsum – möglicherweise in den nächsten Wintern mit einem gewissen Engpass in der Elektrizitätsversorgung zu den Spitzenzeiten rechnen müssen, steht bereits heute in den Schwachlastzeiten eine erhebliche Leistungsreserve zur Verfügung. In einigen Jahren wird sogar ein Überangebot an Schwachlast zu verkraften sein.

*Was sagen die E-Werke dazu?*

Die Installation von Elektro-Speicher- bzw. Gemischtheizungen muss vom zuständigen E-Werk genehmigt werden. Früher waren die Elektrizitätswerke mit der Bewilligung von Anschlüssen für elektrische Vollheizungen recht zurückhaltend. Da sich aber diese Heizungsart immer mehr als willkommener Abnehmer der Schwachlastenergie anbietet, wird heute im allgemeinen wesentlich grosszügiger vorgegangen.

Wenn manche E-Werke dennoch mit Anschlussbewilligungen zurückhalten müssen, so liegt das nicht am (mangelnden) Energieangebot, sondern vor allem im regional ungenügenden Ausbau der Verteilnetze. Im übrigen kann man davon ausgehen, dass eine einmal vom E-Werk genehmigte elektrische Raumheizung auch stets mit Energie versorgt wird (höhere Gewalt, Katastrophenfälle oder ähnliches eventuell ausgenommen), also auch bei eventuell möglichen Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung!

Ohne Zweifel spricht die zu erwartende Entwicklung der Stromversorgung für die Anwendung der elektrischen Raumheizung in einem vernünftigen Rahmen. Überall dort, wo es der Netzausbau zulässt oder wo sich eine Verstärkung des Verteilernetzes lohnt, sollte deshalb die Möglichkeit des Heizens mit elektrischer Energie geprüft werden. *Int.*

*«Der Schweizerische Hauseigentümer», Zürich, 15. November 1974*

**Strompreis – von Aufschlag zu Aufschlag**

B. B. Der unsichtbare Energieträger Strom wurde lange Jahre zu Tiefstpreisen gehandelt. Das Beispiel der Bernischen Kraftwerke AG (BKW): Der Preis für eine Kilowattstunde stieg lediglich um 70 Prozent in den Jahren 1959 bis 1974, während die Baukosten in derselben Zeitspanne rund 600 Prozent teurer wurden. Geringe Aufschläge für Strom standen hohen Investitionskosten gegenüber, z. B. Netzausbau, Neubauten wegen erhöhten Stromkonsums. Diese Finanzpolitik trieb die Elektrizitätswerke dazu, die nötigen Finanzmittel als Fremdkapital zu beschaffen. Durch die in letzter Zeit massiv gestiegenen Zinsen sind die EWs gezwungen, ihre Investitionen vermehrt aus eigenem Sack zu berappen. Die kommenden Tariferhöhungen sollen ihnen dabei helfen.

*Berner Kraftwerke unter Sachzwang*

In der Westschweiz haben die meisten Stromkonsumenten die kalte Dusche eines Preisaufschlages bereits über sich ergehen lassen müssen. In der östlichen Landeshälfte steht eine solche bevor. Jürg Mutzner vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE): «Wenn die Produzenten (KW) aufschlagen, müssen meistens auch die Lieferanten (EW) nachziehen.» Dies wird sich im kommenden Jahr denn auch so abspielen. Drei der grössten Stromproduzenten der Schweiz wollen ihre Preise erhöhen. Die Berner BKW – sie sind gleichzeitig auch Lieferant – werden auf den 1. April um 15 Prozent teurer. Mit diesem Aufschlag verbinden die BKW auch eine Preisstrukturänderung. Während bis anhin jede Haushaltung den Grundpreis nach Wohneinheiten bezahlen musste, soll es fortan nach der Höhe des Konsums

gehen. Davon versprechen sich die BKW (Jahresumsatz: ca. 6 Mrd. kWh) eine gerechtere Kostenverteilung und eine gewisse Sparwirkung auf ihre rund 300 000 Kunden.

Eine gleiche Preissteigerung wird auch den 30 Gemeinden widerfahren, die sich zur Genossenschaft «Elektra-Bucheggberg-Solothurn» zusammengeschlossen haben. Sie beziehen ihre Elektrizität von den BKW und verteilen sie auf ihre insgesamt 5000 Kunden mit einer bescheidenen Gewinnmarge. Der Konsument dieser Solothurner Genossenschaft wird ab April 1975 14,2 Rappen pro Kilowattstunde für Hochtarif und 5 Rappen für Niedertarif bezahlen müssen.

*Die Situation in Basel ...*

Kaum anders wird es den Abnehmern des Stromproduzenten Aare-Tessin AG in Olten gehen. Hier wird ebenfalls auf 1. April 1975 um 15 Prozent aufgeschlagen. Die «ATEL», die 10 000 Kleinverbraucher und 9 Wiederverkäufer (Kantone und Städte) jährlich mit 5,3 Milliarden Kilowattstunden beliefert, blieb mit ihren Preisen seit zwei Jahren stabil. Der kommende Aufschlag wird sich auch auf den Münchensteiner Lieferanten «Elektra Birseck» überwälzen. Die «EBM» – sie verteilt jährlich rund 818 Millionen kWh vor allem an die chemische Industrie Basels und das Elsass – hat für den 1. Juli eine Preisangleichung vorgesehen. Tarifchef Hans Kaspar: «Die Höhe ist noch unbekannt.»

Bei der «Elektra Baselland» wird bereits der Neujahrstag teureren Strom bescheren. Die basellandschaftliche Genossenschaft – Abnehmer der ATEL – wird ihre Preise um 15 bis 30 Prozent erhöhen. Einen massiven Aufschlag hat auch die Industrie zu gewärtigen. Etwas geringer wird die Teuerung für Haushalte ausfallen. Die hauptsächlich in Pratteln und Liestal beheimatete Industrie wird die Preisstrukturänderung besonders zu spüren bekommen: «Bisher kam die Industrie im Vergleich zu den Haushaltungen zu gut weg», so ein Vertreter der «Elektra Baselland».

*... in Zürich ...*

Der Dritte im Bunde der Deutschschweizer Grossproduzenten ist die «Nordostschweizerische Kraftwerke AG» (NOK). Bei diesem Grossisten lief seit 1970 ein Vertrag, der eine Preissteigerung verunmöglichte. Ab 1. Oktober 1975 jedoch ist der Weg frei für eine 20prozentige Preiserhöhung der 10,2 Milliarden Kilowattstunden (Jahresumsatz). Davon werden unter anderen auch das Elektrizitätswerk des Kantons Zürich (EKZ, Jahresumsatz: 2,7 Mrd. kWh) und seine 1230 Kunden (Klein- und Grossbezüger, Wiederverkäufer) betroffen. Die Preise steigen am 1. Oktober um 18 Prozent und erhöhen die Kilowattstunde auf 12,5 Rappen im Hochtarif und 5,5 Rappen im Niedertarif (Haushaltungen). Direktor Bruno Frank betont, dass die «EKZ» eine absatzneutrale Tarifpolitik anstrebe: «Der Mehrverbrauch soll preislich nicht mehr so begünstigt werden wie bisher.»

*... und im Kanton Aargau*

Etwas massiver rühren die Aargauischen Elektrizitätswerke (AEW) die Preistrommel. Der NOK-Abnehmer erhöht auf den 1. Oktober kommenden Jahres seinen Strompreis um 23 Prozent. Der Grund des leicht überdurchschnittlichen Aufschlages: Die AEW müssen unbedingt zu Eigenkapital kommen, um die getätigten und bevorstehenden Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren. Ein AEW-Vertreter: «Die fünfjährige Preisstille (NOK-Vertrag) war kaum zu vereinbaren mit dem Netzausbau und der Kostenbeteiligung an Neubauten (Kernkraftwerke).»

*Sparmassnahmen zu wenig ergiebig*

An eine Förderung des Sparwillens beim Konsumenten über Preiserhöhungen denken die Schweizer Stromproduzenten und Lieferanten nicht. Die Aufschläge zwischen 15 und 23 Prozent scheinen ihnen dazu zu niedrig. Fred Bähler von der BKW: «Es wäre falsch, Sparwillen mit Höchstpreisen zu erzwingen.» Alle Leute seien zu Hause, an der Arbeit und unterwegs vom Strom abhängig. Dazu komme, dass Einschränkungen auf dem Stromsektor nicht sehr effektiv seien. In der Tat: Bei der Reduzierung der Zimmertemperatur von 24 auf 23 Grad Celsius werden sieben Prozent Öl eingespart. Sämtliche Schaufenster und Leuchtreklamen der Schweiz machen hingegen lediglich 0,9 Prozent aus. Alle Strassen und Festbeleuchtungen rund 1 Prozent. Eine allzu massive Preiserhöhung auf dem Stromsektor wäre auch dem Bestreben nach einer ausgeglichenen Gesamtenergieversorgung der Schweiz abträglich. Sie würde das Stiefkind Strom (rund 15 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs) noch weniger populär machen und die Ölabhängigkeit fördern.

Zu einer erneuten Preisstabilität dürfte es freilich auch nach den Erhöhungen von 1975 kaum kommen. Die meisten «Stromhändler» der Schweiz rechnen bereits mit weiteren Tarifschüben, um so mehr als die Aufschläge von 1975 kaum die allgemeine Teuerung der letzten Jahre decken. Direktor Bernhard Isler von der NOK: «Wir können keinen Fünfjahresvertrag mehr garantieren. Die Preise werden häufiger angepasst.» Ins selbe Horn stösst der Vizedirektor der «Aare-Tessin AG», Marc Legeret: «Auf Herbst 1976 ist mit einer weiteren Preisstufe zu rechnen; und das aargauische AEW kündigt an, dass es in ein oder zwei Jahren zu erneuten Aufschlägen kommen wird.

*«Schaffhauser AZ», Schaffhausen, 3. Dezember 1974*

## Statistische Mitteilungen – Communications statistiques

VSE UCS

### Landesindex der Konsumentenpreise – L'indice suisse des prix à la consommation

| | Januar Janvier | Februar Février | März Mars | April Avril | Mai | Juni Juin | Juli Juillet | August Août | Sept. | Okt. Oct. | Nov. | Dez. Déc. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Totalindex/Indice total 1973 | 134,0 | 134,9 | 136,0 | 136,3 | 137,3 | 138,3 | 138,5 | 139,0 | 140,2 | 143,1 | 146,1 | 148,3 |
| 1974 | 149,5 | 148,4 | 149,1 | 148,2 | 150,8 | 151,6 | 152,1 | 153,6 | 156,1 | 157,1 | 159,3 | |

### Grosshandelspreisindex – L'indice suisse des prix de gros

| | Januar Janvier | Februar Février | März Mars | April Avril | Mai | Juni Juin | Juli Juillet | August Août | Sept. | Okt. Oct. | Nov. | Dez. Déc. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Totalindex/Indice total 1973 | 123,8 | 125,0 | 127,5 | 128,1 | 129,0 | 129,0 | 130,5 | 131,0 | 132,5 | 135,5 | 137,7 | 139,7 |
| 1974 | 143,0 | 144,3 | 151,0 | 152,0 | 152,6 | 152,8 | 153,5 | 153,5 | 155,3 | 155,7 | 155,8 | |